

Eine Approvisionierungsdebatte im ungarischen Abgeordnetenhaus.

17. XII. 1915

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat gestern die Vorlage gegen Preistreiberien angenommen. Die Beratung darüber brachte eine Debatte über die Approvisionierungsfragen im allgemeinen, in welche auch Ackerbauminister Baron Ghillan, Handelsminister Baron Sarkanyi und Justizminister Balogh eingriffen. Nachstehend der Bericht über den Verlauf der Sitzung.

Referent Niamessny betont, daß die von der Regierung vorge schlagenen Verfügungen im Interesse der nationalen Wirtschaft gelegen seien.

Darauf ergreift Ackerbauminister Baron Ghillan das Wort, um auf die im Verlaufe der Indemnitätsdebatte gegen die Regierung erhobenen Beschuldigungen und Kritiken zu erwidern.

Zunächst weist der Minister nach, daß Requirierungen überall durch behördliche Verwaltungsorgane vorgenommen wurden; aus dem Kreise der Kaufmannschaft wurden den Verwaltungsorganen nur Aushilfskräfte zugewiesen, und zwar auf Anempfehlung der größten Firmen aus der Reihe jener Kaufleute, die in materieller und moralischer Beziehung vollständige Gemähr boten. Die Angriffe des Abgeordneten Rakovszky gegen die Banken, als ob sie bei der Verteilung des Saatkorns einen großen Nutzen erzielt hätten, sind unbegründet. Der Minister verweist auch auf die Tatsache, daß die von der Polizei vorgenommenen Nachforschungen nur das Vorhandensein von geringen Vorräten festgestellt haben und daß bei der Kreditbank überhaupt keine Fettwaren vorgefunden wurden.

Die spät erfolgte Aufhebung der Getreidezölle trage nicht die Schuld an den hohen Getreidepreisen, denn unmittelbar nachdem die Regierung die Getreidezölle aufgehoben hatte, wurde in Rumänien ein Getreideausfuhrverbot erlassen und wurden sehr hohe, in Gold zahlbare Ausfuhrgebühren angeordnet. Unsere Ernte im Jahre 1914 war eine sehr schwache und verursachte eine große Enttäuschung. Wir haben damals hohe Maximalpreise festgesetzt, aber dennoch keine Ware bekommen. Die diesjährigen Ernteaussichten waren überaus günstig und die Landwirte glaubten fürchten zu müssen, daß sie ihre Ware nicht zu einem angemessenen Preise würden verkaufen können. Die Regierung ließ die ganze Ernte unter Sperre nehmen. Die Kriegs-Getreide-Gesellschaft wirkt den Intentionen entsprechend, die in den Konferenzen mit der Opposition in den Vordergrund traten. Der Minister des Innern habe schon unmittelbar nach dem Beginne des Krieges an die Munizipien einen Erlaß gerichtet, der ein energisches Auftreten gegen die unnatürlichen Preistreiberien vorsteht. Die Behörden vermochten dennoch in nur sehr wenigen Fällen einzuschreiten, weil seitens des Publikums keine konkreten Klagen erhoben wurden.

Der Minister spricht sodann über die Milchproduktion und sagt, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch das am allerwenigsten geeignete Mittel ist, um die Milchproduktion zu fördern. Der Minister sei bemüht, die vorhandenen Futtermittelvorräte zu zentralisieren und dieselben den Milchwirtschäften zutommen zu lassen.

Der Minister weist hierauf auf Grund der Marktpreise nach, daß die Behauptungen, als ob die Lebensmittelpreise in Berlin billiger wären, mit Ausnahme der Fleischpreise absolut übertrieben sind. Es gab Zeiten, wo Schweinefleisch und Fett in Budapest billiger waren als in Berlin. Was die billigen Fleischpreise in Deutschland betrifft, so hat der große Futtermangel angesichts des großen Viehbestandes die Preise bedeutend herabgedrückt; die Folgen des Krieges haben natürlich gewisse Preiserhöhungen verursacht, aber mittelst Verordnungen läßt sich nicht alles erreichen, am allerwenigsten kann man Waren herbeischaffen. Der Redner verweist auf die Diszipliniertheit des deutschen Publikums, während unserem Publikum das volkswirtschaftliche Leben gänzlich verschlossen war und es zu demselben erst herangezogen werden muß. Der gemeinsamen Kraft, dem gemeinsamen Willen und der gemeinsamen Arbeit werde es gelingen, alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Redner empfiehlt die Vorlage zur Annahme. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Getreides in neutralen Staaten betraut wurde, so wird dadurch für eventuelle spätere Verfügungen durchaus kein Präjudiz geschaffen. Die Vereinheitlichung des Importes sei auch auf den Wunsch Deutschlands geschehen, das auf diese Vereinheitlichung schon im eigenen Interesse großes Gewicht gelegt habe.

Die Vorlage wird hierauf im allgemeinen angenommen, ebenso der erste Paragraph der Vorlage.

Abg. Essermak (Unabhängigkeitspartei) dankt dem Minister für die Aufklärungen und erklärt im Namen seiner Partei, daß sie die Vorlage im allgemeinen und in den Details annehme.

Abg. Julius Saghy (Unabhängigkeitspartei) wünscht Maßnahmen gegen die Verbreitung gesundheitsschädlicher Lebensmittel.

Abg. Stephan Rakovszky (Volkspartei) erwartet von der Vorlage keinen besonderen Erfolg; er behält sich vor, über die Wirksamkeit der Kriegseinkaufsgesellschaft Kritik zu üben, wenn die entsprechenden Berichte vorliegen werden.

Justizminister Balogh erklärt, daß bezüglich der Vergehen gegen die öffentliche Gesundheit bereits das Strafgesetzbuch verfügt, das in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit übergeben werden wird. (Beifall.)

Handelsminister Sarkanyi erklärt auf eine Bemerkung des Abgeordneten Rakovszky, daß die Kriegseinkaufsgesellschaft durchaus kein Kind der Kreditbank sei; diese sei bloß ein Aktionär, der nach seinem ungelegten Kapital eine Verzinsung von 5 Prozent erhalte. Die Kriegseinkaufsgesellschaft sei ein Organ der Regierung. Wenn die Kriegseinkaufsgesellschaft mit dem Ankauf des